

Wenn die regelbasierte Ordnung gegen ihre Urheber zurückschlägt

Der Westen hat mit der Absicht, seine Position zu festigen, das Völkerrecht ausgehöhlt. Er spricht dabei von regelbasierter Ordnung. Dazu gehören beispielsweise Schutzverantwortung und Demokratieexport. Die Konsequenzen dieser Aushöhlung bekommt er nun zu spüren.

Gert Ewen Ungar



Auf dem Europaplatz im Zentrum von Kiew sind die Flaggen der Ukraine und der Europäischen Union sowie das Logo der NATO zu sehen.

Die aktuelle und die letzte Bundesregierung bekennen sich gemeinsam mit der westlichen Staatengemeinschaft zur regelbasierten Ordnung. Den Begriff haben sicherlich alle schon gehört, was damit gemeint ist, bleibt allerdings im Dunkeln, denn es gibt keine genaue Begriffsbestimmung. Regelbasierte internationale Ordnung klingt gut. Es klingt nach klaren Regeln, an die sich alle halten, es klingt nach Völkerrecht. Genau das ist es aber nicht.

Regelbasierte internationale Ordnung bedeutet, zum schriftlich fixierten Völkerrecht kommen nicht fixierte, nicht international abgestimmte Regeln hinzu. Eine dieser Regeln ist beispielsweise die Responsibility to protect, die internationale Schutzverantwortung, die erst nach ihrer Anwendung langsam in den völkerrechtlichen Kanon aufgenommen wird, wobei die Begründung problematisch bleibt. Es geht schließlich um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. UN-Charta und Responsibility to protect stehen hier im Widerspruch zueinander.

Die Schutzverantwortung stellt damit den Ausgangspunkt für die vom Westen betriebene Unterwanderung des Völkerrechts dar. Denn um nichts anderes handelt es sich bei der regelbasierten Ordnung – sie ist die Sabotage und Aufweichung der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Strukturen.

When the rules-based order strikes back against its originators

Translated with www.deepl.com (free version)

The West has undermined international law with the intention of consolidating its position. In doing so, it speaks of rule-based order. This includes, for example, the responsibility to protect and the export of democracy. It is now feeling the consequences of this erosion.

Gert Ewen Ungar



On Europe Square in the center of Kiev, the flags of Ukraine and the European Union can be seen, as well as the logo of NATO.

The current and the last federal government, together with the Western community of states, are committed to the rules-based order. Everyone has certainly heard the term, but what is meant by it remains obscure because there is no precise definition. Rule-based international order sounds good. It sounds like clear rules that everyone abides by, it sounds like international law. But that is not exactly what it is.

Rule-based international order means adding non-fixed, non-internationally agreed rules to the written body of international law. One of these rules, for example, is the responsibility to protect, the international responsibility to protect, which is slowly being incorporated into the canon of international law only after it has been applied, although the justification remains problematic. It is, after all, about interference in the internal affairs of another state. The UN Charter and the responsibility to protect are at odds with each other here.

The responsibility to protect thus represents the starting point for the West's subversion of international law. For that is what the rules-based order is all about - it is the sabotage and softening of the structures established after the Second World War.

Natürlich ist die zugrundeliegende Frage berechtigt: Was kann die Staatengemeinschaft tun, wenn ein Staat schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht und gewaltsam gegen das eigene Volk vorgeht? Die NATO-Staaten fanden darauf im Fall von Jugoslawien eine militärische Antwort – sie bombardierten Belgrad, weil dort angeblich ein Genozid stattfand. Der Grund für die Erprobung der neuen Regel war erlogen. Nichtsdestotrotz machte die Responsibility to protect Karriere. Sie diente als Legitimation unter anderem für den Einmarsch in den Irak ebenso wie in Syrien und die Aggression gegen Libyen. Auch hier waren die Kriegsgründe frei erfunden. Es wäre eigentlich Zeit, sich von der Fehlentwicklung wieder zu verabschieden. Dessen ungeachtet handelt es sich bei der Responsibility to protect um internationales Recht im Werden.

Zudem wird es noch ausgeweitet, denn im Schatten des ganz großen Projekts der Schutzverantwortung entwickelte sich zudem die Idee, man dürfe in anderen Ländern durch Einflussnahme Demokratie und Zivilgesellschaft fördern. Gefördert und unterstützt werden in der Regel Projekte und Organisationen, die sich in Opposition zur Regierung stellen. Diese Idee ist die zivilgesellschaftliche Erweiterung der vor allem militärisch verstandenen Schutzverantwortung. Der Westen nimmt in anderen Ländern Einfluss und gestaltet sie nach seinem Bilde. Auch das gehört zur regelbasierten Ordnung, und es ist ein Verstoß gegen das fixierte Völkerrecht.

Es steht angesichts der aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen Kontinent außer Frage, dass diese einseitige westliche Umdeutung und Erweiterung des Völkerrechts hin zur regelbasierten Ordnung den Boden für die Entwicklung und Eskalation in der Ukraine bereitete. Die "regelbasierte Ordnung" beschädigte die Sicherheitsarchitektur Europas. EU und NATO dehnten sich imperial aus, ausgehandelte Rüstungskontrollverträge wurden von den USA einseitig gekündigt, ausländische Einmischung destabilisierte die Ukraine. Fünf Milliarden Dollar soll laut Victoria Nuland, bis 2017 im US-Außenministerium zuständig für Europa und Eurasien, die zivilgesellschaftliche Förderung des Putsches gegen den gewählten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch bis Januar 2014 gekostet haben.

Of course, the underlying question is legitimate: What can the international community do when a state commits serious crimes against humanity and acts violently against its own people? NATO countries found a military answer to this in the case of Yugoslavia - they bombed Belgrade because genocide was allegedly taking place there. The reason for testing the new rule was bogus. Nevertheless, the responsibility to protect made a career for itself. It served as legitimation for the invasion of Iraq, Syria and the aggression against Libya. Here, too, the reasons for the war were invented. It would actually be time to say goodbye again to this misguided development. Nevertheless, the responsibility to protect is international law in the making.

Moreover, it is being expanded, because in the shadow of the very large project of the responsibility to protect, the idea also developed that one may promote democracy and civil society in other countries by exerting influence. As a rule, projects and organizations that are in opposition to the government are promoted and supported. This idea is the civil society extension of the responsibility to protect, which is understood primarily in military terms. The West exerts influence in other countries and shapes them in its own image. This, too, is part of the rule-based order, and it is a violation of fixed international law.

In light of current developments on the European continent, there is no question that this unilateral Western reinterpretation and expansion of international law into a rules-based order prepared the ground for the development and escalation in Ukraine. The "rules-based order" damaged the security architecture of Europe. The EU and NATO expanded imperially, negotiated arms control treaties were unilaterally terminated by the U.S., and foreign interference destabilized Ukraine. Five billion dollars is estimated to have been spent on civil society sponsorship of the coup against elected Ukrainian President Viktor Yanukovich through January 2014, according to Victoria Nuland, the U.S. State Department official responsible for Europe and Eurasia until 2017.

Die Rede von der regelbasierten Ordnung entstand in der Zeit, als die USA die einzig verbliebene Weltmacht waren und das westliche Bündnis unangefochten die Welt dominierte. Die Sowjetunion war zusammengebrochen und fiel als Korrektiv aus, der chinesische Aufstieg deutete sich erst an. Der westliche Machtblock nutzte die Gelegenheit, die Weltordnung neu auszurichten. Die regelbasierte Ordnung dient der Festigung und Ausdehnung westlicher Machtstrukturen, denn sie ist nichts anderes als eine Chiffre für das Recht des Stärkeren. Es ist selbstverständlich der Westen, der allein die Regeln macht, nach denen sich die Welt zu richten hat.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine muss auch vor diesem Hintergrund analysiert werden. Russland wendet die vom Westen etablierte regelbasierte Ordnung an. Mit dem Argument, im Donbass werde ein Genozid an der dortigen Bevölkerung durch die ukrainische Zentralregierung verübt, woraus sich eine Schutzverantwortung gegenüber der dortigen Bevölkerung ableite, legitimiert Russland seine militärische Handlung. Das war genau die Argumentation, mit der die NATO, der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer den Überfall auf Jugoslawien und die Bombardierung von Belgrad legitimiert haben. Sie unterscheiden sich lediglich in einem Punkt, denn die russische Argumentation ist durch wesentlich härtere Fakten unterlegt. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Russland den Vorwurf, im Donbass werde ein Genozid begangen, mit einem Lachen beiseite wischte, kostete ihn übrigens massiv Sympathiepunkte bei den Russen.

Russland und die Ukraine verhandeln, und es hat den Anschein, als näherte sich der militärische Teil des Konflikts seinem Ende. Auch militärisch nicht Geschulte erkennen die riesigen Kessel, die die russische Armee bildete. Die ukrainische Armee steht auf verlorenem Posten. Es wäre an der Zeit, auf die russischen Forderungen einzugehen. Diese sind klar formuliert: Neutralität und Entmilitarisierung der Ukraine, Anerkennung der Unabhängigkeit des Donbass und Anerkennung der Krim als zu Russland gehörig. Werden diese Bedingungen erfüllt, ist der Krieg vorbei. Allerdings hätte dies gravierende Auswirkungen auf die globale Ordnung, denn es würde deutlich machen, dass der Westen nicht mehr in der Lage ist, Regeln zu setzen. Mit der Ukraine fällt die Hegemonialstellung des Westens. Der Westen hat daher auch ein Interesse an einer weiteren Eskalation.

Talk of the rules-based order emerged at the time when the United States was the only remaining world power and the Western alliance dominated the world unchallenged. The Soviet Union had collapsed and failed as a corrective, and the Chinese rise was only beginning to emerge. The Western power bloc seized the opportunity to realign the world order. The rules-based order serves to consolidate and expand Western power structures, for it is nothing other than a cipher for the law of the strongest. It is, of course, the West alone that makes the rules by which the world must be governed.

Russia's invasion of Ukraine must also be analyzed against this background. Russia is applying the rule-based order established by the West. Russia is legitimizing its military action with the argument that the Ukrainian central government is committing genocide against the population in the Donbass, from which it derives a responsibility to protect the population there. This was exactly the argumentation that NATO, German Chancellor Gerhard Schröder and his Foreign Minister Joschka Fischer used to legitimize the invasion of Yugoslavia and the bombing of Belgrade. They differ only in one point, because the Russian argument is backed by much harder facts. The fact that German Chancellor Olaf Scholz, during his visit to Russia, brushed aside with a laugh the accusation that genocide was being committed in the Donbass, incidentally, cost him massive sympathy points with the Russians.

Russia and Ukraine are negotiating, and it seems that the military part of the conflict is nearing its end. Even those not trained in military matters recognize the huge cauldrons formed by the Russian army. The Ukrainian army is in a losing position. It would be time to respond to the Russian demands. These are clearly formulated: Neutrality and demilitarization of Ukraine, recognition of the independence of the Donbass, and recognition of Crimea as belonging to Russia. If these conditions are met, the war will be over. However, this would have serious implications for the global order, because it would make clear that the West is no longer capable of setting rules. With Ukraine, the hegemonic position of the West falls. The West therefore also has an interest in further escalation.

Die Schwäche des Westens entgeht auch der Völkergemeinschaft nicht. Denn während hier medial der Eindruck erweckt wird, es gebe eine breite antirussische Front, ist es tatsächlich so, dass zahlreiche Länder mit Russland solidarisch sind, viele einfach eine neutrale Haltung einnehmen. Zu den solidarischen Ländern zählen neben China auch arabische Staaten und einige Länder Mittel- und Südamerikas.

Es gibt ein vitales Interesse, den US- und westlichen Exzeptionalismus zu beenden, der faktisch als Recht des Stärkeren daherkommt. Russland schlägt hierfür in der Ukraine eine Schlacht, aber auch an anderen Orten wird am Abbau der westlichen Hegemonie gearbeitet. Die Entdollarisierung schreitet voran, es wird an Instrumenten gearbeitet, mit denen sich das westliche Sanktionsregime umgehen lässt und es in seinen Auswirkungen abmildert. Indien sucht gerade nach Möglichkeiten der Umgehung des Dollars im Handel mit Russland und erwägt als neue Ankerwährung den chinesischen Yuan.

Die Abläufe in der Ukraine sollten in einen größeren Kontext eingeordnet werden. Der Westen ist im Niedergang. Die von ihm präferierte regelbasierte Ordnung hat zu den Verwerfungen geführt, die die Ukraine-Krise erst möglich machten: Destabilisierung durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten bis hin zum Putsch. Zudem lieferte der Westen selbst die Argumentation für den russischen Einmarsch: Schutzverantwortung.

Mit seiner Abkehr vom schriftlich fixierten Völkerrecht gelang es dem Westen nicht, dauerhaft seine Hegemonie zu festigen. Im Gegenteil liegt hierin der Kern seiner Machterosion. Die Regeln machen immer häufiger und immer deutlicher andere. Das gilt insbesondere auch für den europäischen Kontinent. Der Westen bekommt jetzt die Medizin zu schmecken, die er anderen gern verabreicht hat.

The weakness of the West does not escape the attention of the international community. For while the media here give the impression that there is a broad anti-Russian front, the reality is that numerous countries are in solidarity with Russia, and many simply adopt a neutral stance. In addition to China, the countries in solidarity include Arab states and some countries in Central and South America.

There is a vital interest in ending U.S. and Western exceptionalism, which in effect comes across as the right of the strongest. Russia is fighting a battle for this in Ukraine, but work is also underway elsewhere to dismantle Western hegemony. The de-dollarization process is progressing, and work is underway on instruments that can be used to circumvent the Western sanctions regime and mitigate its effects. India is currently looking for ways to circumvent the dollar in trade with Russia and is considering the Chinese yuan as a new anchor currency.

The processes in Ukraine should be placed in a larger context. The West is in decline. The rules-based order it prefers has led to the distortions that made the Ukraine crisis possible in the first place: Destabilization through interference in internal affairs, up to and including a coup. Moreover, the West itself provided the rationale for the Russian invasion: responsibility to protect.

By turning away from written international law, the West did not succeed in permanently consolidating its hegemony. On the contrary, this is the core of its erosion of power. More and more often and more clearly, the rules are made by others. This is especially true on the European continent. The West is now getting a taste of the medicine it has been happy to administer to others.